# Irene Dittrich/ Detlef Siegfried KPD-Plakate im Bezirk Wasserkante 1923-1946

Politische Plakate stellen immer einen „Spiegel ihrer Zeit" dar. In komprimierter Form weisen sie auf politische und gesellschaftliche Ereignisse, Probleme und Auseinandersetzungen hin.

Die „eigentliche Geburtsstunde" des politischen Plakats ist der November 1918: nach Beseitigung der Zensurgesetze des Wilhelminischen Kaiserreichs konnten Plakate uneingeschränkt eingesetzt werden. Die veränderten politisch-gesellschaftlichen Bedingungen waren die Ursache dafür, daß das politische Plakat in der Zeit der Weimarer Republik zum Massenmedium wurde. Plakate sind für Parteien wichtige Informationsträger, sie dienen der Sympathiewerbung und Imagepflege — vor allem in Zeiten, in denen andere Massenmedien wie Zeitungen und Rundfunk (noch) nicht vorhanden sind. Politische Plakate werden zur Propagierung der eigenen politischen, programmatischen Zielvorstellungen eingesetzt oder als Auseinandersetzung mit Vorstellungen des politischen Gegners.[1]

Im Juni 1920 setzte die KPD zur Reichstagswahl erstmals Wahlplakate ein. Insgesamt waren ihre Plakate bis 1924 optisch relativ unterschiedlich. Die traditionell-allegorische Bildsprache fand genauso Eingang wie Ausdrucksformen und Herstellungsmethoden u.a. des Berliner Club Dada und der sowjetischen Plakatkunst. Die Dadaisten, die den völligen Bruch mit der traditionellen Kunst vollzogen, fühlten sich mit dem revolutionären Proletariat verbunden und ebenfalls als Gegner der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Führende Mitglieder des Club Dada wie George Grosz und John Heartfield waren bereits beim Gründungsparteitag Ende 1918 Mitglied der KPD geworden. Sie trugen Entscheidendes zur Herausbildung proletarisch-revolutionärer Ausdrucksformen in der KPD-Agitation und Propaganda bei. Mitglieder des Dada-Kreises entwickelten die Montagetechnik, die sich besonders gut zur Entlarvung gesellschaftlicher Widersprüche nutzen ließ. Ihren stärksten Ausdruck findet diese Technik später in den Fotomontagen Heartfields.[2]

1924 schlossen sich die in der KPD organisierten KünstlerInnen, die von der Partei zunehmend systematisch in die agitatorische Arbeit einbezogen wurden, erstmals in der „Roten Gruppe-Vereinigung kommunistischer Künstler" zusammen. Neben konkreten Aufgaben wie *„Veranstaltung ideologisch einheitlicher Propagandaabende"*, *„Organisierung von Wanderausstellungen"*, *„Ideologische und praktische Erziehungsarbeit unter den revolutionären Künstlern"* usw. stellten sie im Arbeitsprogramm der „Roten Gruppe" hinsichtlich ihres Selbstverständisses fest: *„Die Mitglieder dieser Gruppe... sind durchdrungen von dem Bewußtsein, daß ein guter Kommunist in erster Linie Kommunist und dann erst Facharbeiter, Künstler usw. ist; daß alle Kenntnisse und Fähigkeiten ihm nur Werkzeuge sind im Dienste des Klassenkampfes."*[3]

Auch wenn diese Gruppe insgesamt keine große Wirksamkeit erreichte, wird hier bereits deutlich, wie Kunst verstanden wurde und wie die KünstlerInnen sich selbst verstanden: Kunst sollte Waffe sein im politischen Kampf, sie sollte im revolutionä-

[1] Vgl.: Klaus Wasmund: Politische Plakate aus dem Nachkriegsdeutschland. Zwischen Kapitualtion und Staatsgründung 1945-1949, Frankfurt/M. 1986, S. 9-25.

[2] Vgl. zu diesem und den folgenden Absätzen: Roland März (Hrsg.): John Heartfield, Der Schnitt entlang der Zeit, Dresden 1981, S. 29ff; Eckard Siepmann: Montage: John Heartfield, Berlin 1977, S. 74ff; Rainer Schoch: Das politische Plakat der Weimarer Republik, In: Politische Plakate der Weimarer Republik 1918-1933, hrsg. v. Hessischen Landesmuseum Darmstadt, Darmstadt 1980, S. 6-13.

[3] März a.a.O., S. 132f.

5 Finger hat die Hand
Mit 5 packst Du den Feind!
Wählt Liste
Kommunistische Partei!

ren Sinne massenwirksam werden. Die KünstlerInnen verstanden sich als „operierende" KünstlerInnen, die in die Tagespolitik eingreifen und die Kämpfe der Arbeiterklasse mit dem Ziel der proletarischen Revolution unterstützen. Dieses Selbstverständnis bestimmte dann auch die Tätigkeitsfelder der KünstlerInnen: von ihnen hergestellte Transparente, Plakate usw. wurden auf Demonstrationen, bei Veranstaltungen und in Wahlkämpfen eingesetzt, Bühnenbilder für Revuen ausgearbeitet, vor allem aber arbeiteten sie für die Parteipresse und für Publikationen anderer, der KPD nahestehender Massenorganisationen. 1926/27 wurde für die Agitation und Propaganda beim Zentralkomitee der KPD in Berlin ein zentrales graphisches Atelier eingerichtet, für das u.a. auch Heartfield arbeitete.

In der zweiten Hälfte der 20er Jahre ist gerade die Bildsprache Heartfields herausragendes Beispiel sozialistischer Agitation. Sie nimmt *„für einen konsequent modernen Stil kritisch argumentierender Plakatgestaltung eine Schlüsselstellung ein"*,[4] ohne sich allerdings generell in der kommunistischen Werbung der 20er Jahre durchzusetzen. Zur Reichstagswahl am 20. 05. 1928 entwarf Heartfield eines seiner berühmtesten Wahlplakate: *„5 Finger hat die Hand"*. Presserechtlich verantwortlich zeichnete das Politbüromitglied Hugo Eberlein. Entgegen sonst sehr komplexer Fotomontagen hat Heartfield sich bei diesem Plakat auf ein Symbol, eine zupackende Hand beschränkt. *„Zwar bot die Listenzahl 5 den zunächst äußeren Anlaß, eine Hand mit gespreizten Fingern als optischen Aufruf zu wählen, doch Heartfield beließ es nicht bei einer so einfachen Verdoppelung der Zahlensymbolik. Er gab der Hand zugleich einen zupackenden Eindruck, womit sie über die Visualisierung der Zahl 5 hinaus noch eine weit umfassendere Appellfunktion gewann: die Hand ist das primäre Arbeitswerkzeug des Proletariats, sie ist ein übergreifendes Klassensymbol, das integrierend wirkt; die Hand hat aber auch aktivistische, schaffende Bedeutung im revolutionären Sinne, sie ist Kampfinstrument und Verständigungsmittel. Dieses Plakat von John Heartfield gehört wegen seiner sinnfälligen, ‚packenden' Sprache und wegen seiner konsequenten Gestaltung zu den modernsten Lösungen der zwanziger Jahre. Kaum findet man eine ähnlich gekonnt einfache Kombination eines Bildzeichens mit der Typographie, die hier durch dynamische Schrägstellung, sowie durch geschickte Staffelung der Textzeilen um die hervorgehobenen Ziffern herum, eine eigene formale Qualität erreicht."*[5]

Mit Unterstützung Heartfields wurde 1928 die Assoziation Revolutionärer Bildender Künstler Deutschlands (ARBKD), auch kurz Asso genannt, gegründet. In den Asso-Gruppen waren professionelle KünstlerInnen, aber auch ArbeiterzeichnerInnen organisiert. Über Kurse der „Marxistischen Arbeiterschule" (MASCH) wurden ArbeiterInnen mit der Kunsttheorie und Grundlagen künstlerischen Schaffens vertraut gemacht.

Neben Gruppen in Berlin, Leipzig und Dresden wurde Ende 1928 auch in Hamburg eine Asso-Gruppe gegründet. Regelmäßig aktiv in ihr waren Otto Gröllmann, Heinz Führmann, Emil Kritzky, Fritz Schreck, Walter Stiller und Ernst Witt. Allein

[4] Politische Plakate der Weimarer Republik 1918-1933 a.a.O., S. 141.
[5] Politische Plakate der Weimarer Republik 1918-1933 a.a.O., S. 148.

schon aufgrund der schmalen personellen Basis war diese Gruppe wohl weniger wirkungsvoll als die Gruppen in anderen Städten. Gleichwohl entwarfen auch diese Asso-Mitglieder Plakate, Transparente, Flugblätter, Zeichnungen und Karikaturen u.a. für die kommunistische „Hamburger Volkszeitung".[6]

Aus dem Bezirk Wasserkante, der in der Weimarer Republik und den ersten Nachkriegsjahren das heutige Schleswig-Holstein und Hamburg sowie das nordöstliche heutige Niedersachsen umfaßte, sind bisher nur sehr wenige Plakate bekannt. Die KünstlerInnen blieben häufig anonym, schon um Verfolgungen zu entgehen.[7] Die hier abgedruckten Plakate wurden (bis auf die Plakate Nr. 1 und 4) in Hamburg vervielfältigt und im schleswig-holsteinischen Gebiet verbreitet.

Das Plakat *„Hoch der Kommunismus"* (Nr. 1) stammt aus dem Jahr 1924. Es wurde zwar in der Reichenberger Druckerei Carl Runge & Co. gedruckt, aber auch in Schleswig-Holstein geklebt.

Das Entstehungsjahr des Plakates ist durch heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen geprägt, da die KPD mit dem Hamburger Aufstand vom Oktober 1923 gerade eine letzte Niederlage bei dem Versuch erlitten hatte, die „revolutionäre Nachkriegskrise" doch noch in eine Revolution münden zu lassen.[8] Diese kommunistische Erhebung wurde unter der Führung von Ernst Thälmann isoliert durchgeführt, da eine ursprünglich geplante reichsweite Aktion aufgrund einer veränderten Einschätzung von der KPD-Führung unter ihrem Vorsitzenden Heinrich Brandler ausgesetzt wurde. Folge war ein Verbot der Partei vom 23. 11. 1923 bis zum 1. 3. 1924. Die innerparteiliche Diskussion über diesen Rückzug setzte verstärkt Anfang 1924 ein. Dabei wurden erneut unterschiedliche Positionen der verschiedenen Flügel innerhalb der KPD deutlich, die unterschiedliche Auffassungen zur zukünftigen Schwerpunktsetzung zur Folge hatten. Einer der entscheidenen Streitpunkte war die Einheitsfrontpolitik. Der „rechte" Flügel mit Heinrich Brandler und August Thalheimer an der Spitze trat für eine „Einheitsfront von oben" ein. Diese schloß ein Zusammengehen auch mit sozialdemokratischen Funktionsträgern ein und hatte 1923 auch zur Regierungsbeteiligung in Sachsen und Thüringen geführt. Die Hauptaufgabe nach der Niederlage in Hamburg und der Zerschlagung der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen 1923 bestand für sie darin, den weiteren Rückzug der Arbeiterklasse aufzuhalten. Gerade aber in der „Einheitsfrontpolitik von oben" sah der „linke" Flügel (Ruth Fischer, Arkadij Maslow u.a.) einen Hauptfehler. Sie hielten lediglich eine „Einheitsfront von unten", d.h. ausschließlich mit der sozialdemokratischen Mitgliedschaft, für vertretbar, bei der die (rechts)sozialdemokratischen Führer und ihre Politik „entlarvt" werden sollten. Als vornehmliche Aufgabe sah die „Linke" 1924, *„die Revolution zu organisieren, das Proletariat in den bewaffneten Aufstand siegreich zu führen und die Diktatur des Proletariats zu errichten"*[9] Die Propaganda der Partei war auf dieses Ziel auszurichten. Dies erforderte ihrer Meinung nach allerdings eine Beendigung der bisherigen „Einheitsfrontpolitik von oben" und eine strikte Bekämpfung der Sozialdemokratie.

[6] Vgl.: Marina Schneede: „Wir durften nicht abseits stehen", In: Vorwärts und nicht vergessen, Arbeiterkultur in Hamburg um 1930, hrsg. v.d. Projektgruppe Arbeiterkultur Hamburg, 1982, S. 249-263.

[7] J.Heartfield und O. Kanehl z.B. wurden 1924 von einer Moabiter Strafkammer u.a. wegen Aufreizung zum Klassenhaß zu Geldstrafen verurteilt, vgl.: R. März, S. 133ff.

[8] Vgl. zu folgendem: Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Frankfurt/M. 1969,S. 25ff und 53ff.

[9] Inprekorr, Nr. 41 vom 3. 4. 1924, S. 477, zitiert nach Weber a.a.O., S.59.

Die „Linke“ hatte 1924 die Mehrheit in diversen Bezirken und übernahm auf dem IX. Parteitag (7.-10. 4. 1924 in Frankfurt/M.) auch die Parteiführung. In der Folge wurde die „Rechte“ ausgeschaltet. Die Einschätzung der SPD durch die „linke“ Parteimehrheit wurde gefördert und unterstützt durch die in der Kommunistischen Internationale von Sinowjew 1924 entwickelte Sozialfaschismusthese. Diese These sollte Ende der Weimarer Republik zentraler Bestandteil kommunistischer Politik werden und zur Spaltung der Arbeiterklasse beitragen.

Die Einschätzung der Weimarer Republik und der Sozialdemokratie durch die KPD wird auf diesem Plakat deutlich. Nach der unvollendeten Novemberrevolution blieb die kapitalistische Wirtschaftsordnung und im wesentlichen auch der kaiserliche Staatsapparat erhalten, die immer wieder auch von der Sozialdemokratie beschworene Angst vor dem Bolschewismus/Kommunismus trieb die wirtschaftliche und politische Restauration voran. Die bürgerliche Republik wurde von Offizieren, Beamten, Großgrundbesitzern, Teilen des konservativen Bürgertums bekämpft. Der Sozialdemokratie wurde vorgeworfen, daß sie für eine solche aus gegenrevolutionären reaktionären Elementen bestehende Republik eintrete. Als das „wahre Vaterland“, das es zu verteidigen galt, sah die KPD, eine Sektion der Kommunistischen Internationale, nur Sowjetrußland an.

Das Ziel, den Kommunismus, kann nach Auffassung der KPD nur das revolutionäre Proletariat durchsetzen. Auf diesem Plakat wird das Proletariat durch eine (überdimensional große) rote Arbeiterfaust symbolisiert, ein in der KPD-Propaganda häufig wiederkehrendes Element. Diese rote Faust droht zwei Köpfe zu zerschmettern. Die Aufschrift *„Gegen die schwarz-weiß-roten und schwarz-rot-gelben Räuber hilft nur die rote Faust des Proletariats“* verdeutlicht zusätzlich, daß diese beiden Köpfe monarchistische und republikanische Kräfte darstellen sollen. Hier wird also auch die Sozialdemokratie angegriffen, die neben anderen auch das Proletariat ausbeutet (*„Räuber“*). Das feiste Gesicht (vor derer Kopf mit Schlips) weist aber darauf hin, daß nicht der sozialdemokratisch organisierte oder orientierte Arbeiter gemeint ist, sondern der Vertreter der „Arbeiteraristokratie“, der „Parteibonze“. Darüberhinaus scheint ebenfalls nur das (internationale) Proletariat, symbolisch noch verstärkt durch die scheinbar vorwärtsziehende rote Fahne mit dem Stern, in der Lage zu sein, den im Hintergrund des Plakates dargestellten imperialistischen Krieg abwenden zu können. Da der Kopf des „Parteibonzen“ eine entfernte Ähnlichkeit mit Friedrich Ebert aufweist, könnte es außerdem eine Anspielung auf die Bewilligung der Kriegskredite unter seinem Parteivorsitz im 1. Weltkrieg sein.

Das Plakat *„Luther-Stresemann-Hilferding zahlten 715 Millionen als Regierungsgeschenk an die Ruhr-Kapitalisten“* (Nr. 2) fordert das Geld, das nach der Ruhrbesetzung als Entschädigung an die Industriellen dieses Gebietes gezahlt wurde, für die notleidende Bevölkerung zurück. Anschaulich wird die riesige Geldsumme von 715 Millionen Mark in 143 Säulen aus 20-Mark-Stücken von jeweils 500 Meter Höhe dargestellt und in

Beziehung zum Pariser Eifelturm gesetzt, der „nur" 300 m hoch ist.

Dieses Plakat wurde im März 1925, zwei Jahre nach der Ruhrbesetzung in der Hamburger Druckerei Louis Heitgres hergestellt. Zu diesem Zeitpunkt war der parteilose Hans Luther Reichskanzler und Gustav Stresemann (DVP) Reichsaußenminister. Beide haben auch während der Ruhrbesetzung eine nicht unwesentliche Rolle gespielt: Ab August 1923 war Stresemann in einem Kabinett der Großen Koalition Reichskanzler. Unter ihm wurde Ende 1923 der als Reflex auf die Ruhrbesetzung folgende „passive Widerstand" abgebrochen. In seinem Kabinett war Luther Reichsfinanzminister und damit u. a. auch für die Währungsreform verantwortlich, die zur Eindämmung der Inflation durchgeführt wurde. Der Sozialdemokrat Rudolf Hilferding war 1923 Reichsfinanzminster und dadurch auch für die Zahlungen an die Ruhrindustriellen mitverantwortlich.

Nach Auffassung der KPD waren die Auseinandersetzungen an der Ruhr durch einen Konkurrenzkampf zwischen deutschen und französischen Schwerindustriellen ausgelöst worden. Unter Hugo Stinnes hatten deutsche und französische Industrielle Verhandlungen zur Errichtung eines gemeinsamen Riesenkonzerns geführt, doch man konnte sich nicht einigen. Die Reichsregierung kam daraufhin ihren Reparationsverpflichtungen gegenüber Frankreich nicht nach, um — nach Meinung der KPD — Frankreich zur Besetzung zu veranlassen. Das sollte zu einer Verschärfung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Westmächten führen und dem deutschen Kapital die Möglichkeit eröffnen, eine stärkere Position gegenüber dem französischen zu erreichen. Der auf die Ruhrbesetzung folgende „passive Widerstand" wurde im wesentlichen von der Reichsregierung finanziert. Die Ruhrindustriellen erhielten für alle durch die Besetzung entstandenen Einbußen eine Entschädigung, die Reichsregierung kam für die von den Besatzern requirierte Kohle auf. Die Konzerne waren also in den Augen der KPD die Hauptnutznießer. Außerdem mobilisierten sie zwar einerseits gegen den „Landesfeind", scheuten sich aber andererseits nicht, zur Unterdrückung und stärkeren Ausbeutung der Arbeiter die Besatzer um Hilfe zu bitten. So konnten sie den Einsatz bewaffneter Besatzerverbände gegen die für eine Lohnerhöhung streikenden Arbeiter erreichen. Aus diesem Grunde hatte die KPD für sich den Ruhrkampf unter die Losung „Schlagt Poincaré und Cuno an der Ruhr und an der Spree!" geführt.[10]

Im Sommer 1928 konstatierte der 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale eine gravierend veränderte internationale Lage und zog weitgehende Konsequenzen für die weitere Arbeit der Kommunistischen Parteien. Nach der „revolutionären Nachkriegskrise" bis zum Jahre 1923 und der seitdem andauernden Periode der „relativen Stabilisierung" stünde nunmehr eine Phase nachhaltiger wirtschaftlicher wie politischer Erschütterungen in den Ländern des Kapitals bevor. Daraus resultiere eine zunehmende Kriegsgefahr, die sich insbeson-

[10] Vgl.: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Kapitel VII, Von Januar 1919 bis Ende 1923, Berlin 1967, S. 181ff.

dere gegen die sozialistische Sowjetunion als Vorposten des gesellschaftlichen Fortschritts richte. Die KPD stellte daraufhin den Kampf gegen den demnach drohenden Überfall auf das „Herz der Revolution" in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit. Auf dem 12. Parteitag vom Sommer 1929 formulierte Politbüro-Mitglied Hermann Remmele im Referat der Parteiführung: *„... alle Anzeichen weisen mit zwingender Kraft darauf hin, da auf der Tagesordnung der Geschichte vor allem ein Krieg steht: der Krieg der imperialistischen Großmächte gegen die Sowjetunion."*[11].

Auf der Grundlage dieser Lagebeurteilung sah sich die KPD als Avantgarde einer bald zu erwartenden Massenrevolte. Ihr Hauptstoß richtete sich gegen den Weimarer Staat, der tendenziell in den Faschismus hinüberwachsen würde und gegen die Sozialdemokratie, die als Hauptfeind innerhalb der Arbeiterklasse galt und nach Ansicht der kommunistischen Parteiführung in Methodik wie Funktion mehr und mehr zum „Sozialfaschismus" tendierte. Mit der kommenden Revolte würde die *„Frage des bewaffneten Aufstandes unvermeidlich auf die Tagesordnung treten"*[12].

In dieser Situation warb die Bezirksleitung Wasserkante unter Verantwortung des eben gewählten Bezirksvorsitzenden Hermann Schubert, der als Mitglied des preußischen Landtags durch die Immunität vor staatlichen Repressalien geschützt war, zum Antikriegstag des Jahres 1930 mit einem in der kommunistischen Hausdruckerei an der Wasserkante, der „Graphischen Industrie" in Hamburg, hergestellten Plakat unter der Losung *„Bürgerkrieg gegen imperialistischen Krieg"* (Nr. 3). Damit berief sich die KPD auf Lenin, der für Rußland seinerzeit die erfolgreiche Parole von der Umwandlung des „imperialistischen Krieges" in einen „Bürgerkrieg" ausgegeben hatte.[13] Die deutschen Kommunisten schlußfolgerten vor diesem Hintergrund aus der aktuellen Lagebeurteilung, daß der bevorstehende imperialistische Krieg gegen die Sowjetunion von der Roten Armee ebenso zurückzuschlagen sei wie vom bewaffneten Proletariat in den kapitalistischen Zentren. Hier müßte der gegen die UdSSR gerichtete Aggressionskrieg in einen nationalen Bürgerkrieg transformiert werden. Diese Strategie popularisierte der kommunistische Dichter Erich Weinert noch im Jahre 1929 in folgenden Zeilen unter dem Titel *„Der heimliche Aufmarsch"* — ein Gedicht, das in der Vertonung von Hanns Eisler und der Interpretation durch Ernst Busch weithin bekannt wurde:

*Es geht durch die Welt ein Geflüster.*
*Arbeiter, hörst du es nicht?*
*Das sind die Stimmen der Kriegsminister.*
*Arbeiter, hörst du sie nicht?*
*Es flüstern die Kohle- und Stahlproduzenten.*
*Es flüstert die chemische Kriegsproduktion.*
*Es flüstert von allen Kontinenten*
*Mobilmachung gegen die Sowjetunion!*
*Arbeiter, Bauern, nehmt die Gewehre,*
*Nehmt die Gewehre zur Hand!*

[11] Im Original gesperrt (Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin-Wedding, 9.-16. 6. 1929, S. 301.).

[12] So in den Beschlüssen des Parteitags (Zit. nach Hermann Weber, Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982, S. 18.).

[13] Vgl. vor allem die Schrift „Sozialismus und Krieg" von 1915, in: Lenin, Werke, Bd.21, S. 295-341.

*Zerschlagt die faschistischen Räuberheere,*
*Setzt alle Herzen in Brand.*
*Pflanzt eure roten Banner der Arbeit*
*Auf jeden Acker, auf jede Fabrik!*
*Dann steigt aus den Trümmern der alten Gesellschaft*
*Die sozialistische Weltrepublik!*
...

Wie der Song von einer neuartigen Tonalität, einer Rhythmik, die Jazz- und Marschelemente miteinander verbindet und einer ebenso scharfen wie eindringlichen Sprachmelodik geprägt ist, so zeigt auch das Plakat moderne, avantgardistische Stilmittel, die den zu vermittelnden unversöhnlichen Widerspruch scharf akzentuieren. Das Plakat scheint die zweite Strophe des Liedes geradezu zu illustrieren: Das „rote Banner" des Proletariats, an die Waffe gebunden, kommt den Verteidigern der bereits sozialisierten Fabriken und Äcker zu Hilfe und schlägt mit ihnen gemeinsam die feindlichen Heere. Während die Rote Armee die Errungenschaften des Sozialismus nur verteidigt, muß das Proletariat des Westens gleichzeitig den *„Hauptfeind im eigenen Land"* (Liebknecht), den imperialistischen Aggressor, im Bürgerkrieg besiegen. Das Plakat soll nicht zynisch entlarven, sondern seine Funktion besteht in der Agitation für das unmittelbare Aktionsziel (*„Massenstreik und Massendemonstration"* am 1. August) und den bevorstehenden Bürgerkrieg gegen das deutsche Kapital und seine Sachwalter. Wie im vorstehenden Beispiel bekämpft eine anonyme Faust als Symbol der vielgesichtigen Proletariermassen den Feind, hier den unmenschlichen, todbringenden und gesichtslosen, als Technik und Maske interpretierten „ungerechten" Krieg. Dessen Hintermänner sind zwar unsichtbar, aber die Absichten gegenüber der sozialistischen UdSSR sind hinreichend als imperialistische zu entschlüsseln.

Das Plakat wurde im Vorfeld des 1. August 1930 in vielen Orten Schleswig-Holsteins von Klebekolonnen der KPD verbreitet. Das vorliegende Exemplar entfernte man, wie der Vermerk zeigt, am 25. Juli 1930 frühmorgens um 2 Uhr 50 von einer Hauswand in der Großen Gärtnerstraße in Barmstedt. Dieses Verdienst dürfte einer nächtlichen Polizeistreife zukommen, die in jenen Jahren zur engagierten Jagd auf kommunistische Übeltäter angehalten wurde und im vorliegenden Falle nicht verabsäumte, ihre Trophäe der vorgesetzten Dienststelle zukommen zu lassen.

Die hier vorgestellten Nachkriegsplakate (Nr. 4 bis 10) stammen allesamt aus der frühen Nachkriegszeit bis zum Oktober 1946. Für sie gilt Ähnliches wie in der Weimarer Periode: Zeitungen und Rundfunk mußten erst wieder aufgebaut werden. Deshalb waren Plakate und Flugblätter in der Regel die ersten, insbesondere regional relevanten Massenkommunikationsmittel. Außerhalb der Großstädte wurden die ersten Nachkriegsplakate meist von Nichtprofis erstellt, was ihnen einen amateurhaften, aber dadurch oft auch originellen Charakter verlieh (Vgl. vor allem Nr. 4).

Nach der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung von

1933 sah sich die KPD-Führung gezwungen, ihre Programmatik wie politische Praxis einer weitgehenden Überprüfung zu unterziehen. In den ersten Monaten nach dem Zweiten Weltkrieg konnte die KPD darauf hoffen, als radikal antifaschistische Partei — legitimiert durch ihren opferreichen Widerstandskampf —, am Neuaufbau des Landes führend beteiligt zu werden. Seit dem 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 und insbesondere mit dem Aufruf des Zentralkomitees vom 11. Juni 1945 hatten sich die bündnispolitischen Zielperspektiven der KPD hin zu einer breiten antifaschistischen Aufbaubewegung mit dem Kern einer einheitlichen Arbeiterpartei verschoben. Die ersten Nachkriegsplakate an der Wasserkante widerspiegeln das veränderte Selbstverständnis der KPD als „Aufbaupartei" — von oppositionell-rebellischem Impetus getragene Aufrufe und Präsentationen wie sie noch vor 1933 gängig waren, fehlen vollständig. Wie bei den anderen Parteien auch gerät bei den Kommunisten das Agitationsplakat in den Hintergrund, in dem die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner bestimmend war. An seine Stelle tritt das Werbeplakat, in dem programmatische und politische Zielperspektiven der Partei artikuliert werden. Das betrifft insbesondere die KPD, weil deren grundlegender programmatischer Umbau bei Legalisierung der Parteiarbeit eine nach innen wie außen gerichtete besondere Akzentuierung des Neubeginns erforderlich machte.

In der Folgezeit sind die Plakate der Partei weithin dem Neorealismus als weitverbreiteter Kunstrichtung der frühen Nachkriegszeit verpflichtet. Überdies zeigen sie unverkennbar romantisierende Züge — nun nicht mehr im Sinne einer verklärten Sicht der Arbeiterklasse, sondern vielmehr in Anknüpfung an tradierte oder neuentwickelte Klischees bürgerlichen Ursprungs.

Ein Einladungsplakat der Kaltenkirchener KPD-Ortsgruppe zu ihrer ersten Nachkriegskundgebung zeigt Engagement wie Probleme der frühen parteipolitischen Betätigung (Nr. 4). Vor allem in ländlichen Ortschaften konnte man nicht auf gedruckte Plakate zurückgreifen und allerorts mußte jegliches Werbematerial der britischen Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt werden. Nichtsdestoweniger ging man — mit Pinsel und Tusche bewaffnet — engagiert und gewissenhaft an die akkurate Erstellung der ersten Werbeplakate. Wie in Kaltenkirchen warb die KPD auch in den anderen ländlichen Gebieten der Provinz um *„Neu-Einheimische! Ausquartierte! Heimatlose! Flüchtlinge!"*. Die Partei, in Schleswig-Holstein traditionell schwach, erhoffte sich Zulauf aus den Reihen der heimatlosen und sozial entwurzelten Flüchtlinge aus dem Osten. Ihnen sollte durch die Übernahme der in der Sowjetischen Besatzungszone bereits seit Oktober 1945 durchgeführten Bodenreform zu *„Land und Heimat"* verholfen werden (Nr. 9). Im Gegensatz zu den anderen Parteien forderten die Kommunisten nicht die Rückkehr der Flüchtlinge in die östlichen Heimatgebiete, sondern sie optierten für deren soziale Integration im Westen.

Die gezeigten von der KPD-Bezirksleitung Wasserkante her-

ausgegebene Wahlplakate (Nr. 6 bis 10) wurden in Vorbereitung der getrennt stattfindenden Gemeinde- und Kreistagswahlen am 15. September und 13. Oktober 1946 verbreitet. Die KPD setzte bei den ersten demokratischen Wahlen seit 1932 auf große Erfolge und betrieb den Wahlkampf mit entsprechendem Aufwand. Der war augenscheinlich größer als der der Sozialdemokraten. Franz Osterroth resumiert bitter, daß der SPD nur *„ein auf grauem Packpapier gedrucktes Schriftplakat"* zur Verfügung stand.[14] Wie der vormalige Bordesholmer KPD-Bürgermeister Paul Jahnkow hofften die Kommunisten auch anderenorts auf breite sozialistische Mehrheiten gemeinsam mit der SPD: *„Auf jeden Fall lassen Sie uns dafür sorgen, daß am 15. September keine sozialistische Stimme verloren geht, u. zeigen wir der Besatzungsmacht durch den Ausgang der Wahlen, daß auch wir hier in Bordesholm gewillt sind, einen sozialistischen Kurs einzuschlagen."*[15] Da mußten die Wahlergebnisse enttäuschen: Die Septemberwahlen erbrachten in der Provinz gerade 4,3 Prozent für die KPD und im Oktober kam die Partei mit 145.703 Stimmen auf 5,1 Prozent. Damit konnten die Kommunisten nicht annähernd an die Ergebnisse vom April 1932 (8,8 Prozent) und März 1933 (10,7 Prozent) anknüpfen. Selbst in industriellen Zentren wie Kiel und Lübeck errang die Partei lediglich jeweils ein Mandat. Damit zerstoben die ersten euphorischen Hoffnungen auf eine Zukunft als führende Aufbaupartei schon eineinhalb Jahre nach der Befreiung vom Faschismus.

In der Plakatkunst der KPD nach der Zäsur von 1945 wird auf jeglichen Avantgardismus verzichtet. Affinitäten zur revolutionären Weimarer Symbolik erscheinen nur noch in sehr vermittelter Form. Das Plakat zum 1. Mai 1946 (Nr. 5) greift zwar das Symbol der anonymisierten Hand auf, anstelle der trotzig erhobenen Faust wird jetzt jedoch wieder auf das traditionelle Signet der Vorkriegssozialdemokratie, auf die verschlungenen Hände, zurückgegriffen. Im Mittelpunkt stand nicht mehr die Abwehr gegen eine als „reformistisch" diskreditierte Sozialdemokratie, sondern die „Einigkeit" der Arbeiterklasse. Mit der im Hintergrund wehenden Roten Fahne wird die Abwandlung des Symbols im Parteiabzeichen der eben gegründeten SED aufgenommen. Kurz nach der Vereinigung beider Parteien im Osten hielt die KPD-Führung eine baldige Vereinigung auch an der Wasserkante für machbar. Die Übernahme der SED-Symbolik sollte die zweifellos große, wenn auch keineswegs allenthalben geteilte Anziehungskraft des Beispiels in der SBZ für das eigene Arbeitsgebiet nutzbar machen.

Als *„die Partei des Volkes"* — und nicht mehr nur der Arbeiterklasse — präsentiert sich die KPD zu den Wahlen im Herbst (Nr. 6). Noch sind die Volksmassen anonymisiert, wenn auch durch den Schatten hindurch, der auf den Gesichtern liegt, die einzelnen Konturen schärfer hervortreten als in der früher gewählten Stereotype des Arbeiters. So sind in den vorderen Reihen Arbeiter, Bauer, Intellektueller, Mutter mit Kind und — in vorderster Front — Jugendlicher voneinander zu unterscheiden. Daß die einzelnen Gruppen innerhalb dieses Idealbildes einer Volkssoziologie nach Auffassung der KPD durchaus un-

[14] 100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein. Ein geschichtlicher Überblick von Franz Osterroth, hrsg. v. Landesverband Schleswig-Holstein der SPD, Kiel o.J., S. 125.

[15] Handschriftliche Notizen aus dem Nachlaß Paul Jahnkows.

terschiedlich zu gewichten waren, ist freilich nicht zu übersehen. Die KPD jedenfalls sieht sich als mit dem Licht der Zukunft durchfluteter bollwerkartiger Rückhalt der Volksmassen, als vorausschauende und wegweisende Kraft. Kein Gegner mehr, der zu bezwingen wäre, kein scharfer Kontrast. Unmittelbar nach dem Krieg sind es die Mühen der Ebenen, die vor dem Volk liegen und mit Hilfe der Kommunistischen Partei bewältigt werden sollen.

Gegen die allenthalben drückende Belastung durch Hunger und Energie- wie Brennstoffmangel empfahl die KPD die Sozialisierung der Großbetriebe (Nr. 7). Das gezeigte Plakat verbindet die akute Not der Bevölkerung mit dem Wiederaufbaugedanken und der auch nach Weimar beibehaltenen sozialistischen Problemlösungsperspektive. Erst geborgen *„in Volkes Hand"* können die Schlote der Großbetriebe wieder rauchen und zur gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung angemessene Beiträge leisten. Die der Sonne entgegengereckte Hand symbolisiert die lebenspendende Kraft des Volkes. Das knüpft an ein Motiv in der Plakatkunst, in dem eine Hand als Symbol des Lebens eine Blume hält.

Die abschließenden drei Plakate (Nr. 8 bis 10) sind ganz offensichtlich Arbeiten eines einzelnen Künstlers. Hier wird das Bemühen der KPD um Distanz von allen avantgardistischen Traditionen deutlich sichtbar. Zu diesem Zweck wird sogar bisweilen auf die deutsche Frakturschrift zurückgegriffen. Unübersehbar auch die Intention, die regionalspezifischen Belange des Bezirks Wasserkante zu berücksichtigen. Die Losung *„Stadt und Land — Hand in Hand"* (Nr. 8) zielt auf die weithin agrarische Struktur vor allem in Schleswig-Holstein und verheißt eine Aufhebung des jahrhundertewährenden Gegensatzes von städtischen und ländlichen Gebieten. Eine Industrie *„in Volkes Hand"* stellt frischlackierte moderne Pflüge für die Landbevölkerung zur Verfügung, die damit nach einer demokratischen Bodenreform mit höherer Motivation als zuvor in eigener Regie das Land bewirtschaften kann. Im Gegenzug sollen die erwarteten höheren Erträge der Stadtbevölkerung zugute kommen. Das anvisierte Bündnis von Arbeitern und Bauern soll den Grund für einen radikalen gesellschaftlichen Neubeginn legen.

Bei erfolgreicher Durchsetzung der Bodenreform schien den Kommunisten auch das Problem der *„Umsiedler"* gelöst (Nr. 9). Sie sollten als *„Neu-Einheimische"* durch die Ansiedlung auf damit freiwerdenden Ländereien sozial integriert werden. Die KPD hoffte dadurch den weithin auf Revision der Nachkriegsgrenzen zielenden Intentionen in Flüchtlingskreisen entgegenwirken zu können. Möglicherweise ließen sich die dort vorherrschenden konservativen Mentalitäten durch die Verwendung der altdeutschen Frakturschrift besser ansprechen. Erstrebenswert dürfte in jedem Falle das Leben auf freier Scholle mit eigenem Hof und vollem Erntekorb erscheinen. Bis an den Horizont, so suggeriert das Plakat, ließe sich dort glücklich grenzenlos ausschreiten. Hier wird an das tradierte agrarromantisch verklärende bürgerliche Bild vom autonomen Bauern ange-

# Eurer Hände Fleiß Eurer Arbeit Preis, raubt Euch das Junkergeschmeiß!

# Kämpft mit der revolutionären Arbeiterschaft!

# Wählt Kommunisten!

knüpft. Diese Sicht konterkariert scharf das kommunistische Bauernbild der Weimarer Zeit. In nebenstehendem Plakat sprach die KPD vor 1933 die Landarbeiter an, die, um überleben zu können, die sie beherrschenden Junker zu bekämpfen hätten. Die kommunistische Sense mäht die Großgrundbesitzer. Obwohl eben jene Klasse auch 1945/46 in Schleswig-Holstein wirtschaftlich ungebrochen mächtig war, verzichtet die KPD in ihren Wahlplakaten auf entsprechende Klassenkampf-Topoi. Die Partei greift weitverbreitete harmonisierende Idealvorstellungen vom freien Bauern auf freier Scholle auf und versucht damit, ihre Problemlösungsvariante als attraktive Zukunftsperspektive zu transportieren.

Im letzten Plakat präsentiert sich die KPD einmal mehr als *„Partei des Aufbaus"*, die den Hunger als zentrales Problem der frühen Nachkriegszeit zu beseitigen in der Lage ist (Nr. 10). Dabei erscheinen die Zusammenhänge seltsam unvermittelt. Allein durch *„Mitarbeit in der Partei des Aufbaus"* sei bereits *„Brot! Für unsere Kinder"* zu beschaffen. Das signalisiert den unbegrenzten politischen Neugestaltungsanspruch der Partei, der freilich in dieser Unvermitteltheit kaum einzulösen war. Darin erscheint die KPD als allmächtiger Garant des Neuaufbaus, und bereits das Engagement bei den Kommunisten garantiere die Beseitigung des Hungers. Hier gleitet das Bemühen der KPD um weitgehende Neuakzentuierungen der politischen Programmatik und der davon bestimmten künstlerischen Vermittlungen unweigerlich ins Unpolitische ab. Überdies stehen im Mittelpunkt nicht mehr die Interessen der kämpfenden Klasse, sondern das Glück der Kleinfamilie, deren Kern die klassenmäßig nicht einzuordnende und nicht mehr proletarische Mutter wie früher ist.

Quellenhinweise zu den Plakaten:

1. „Hoch der Kommunismus! Landesarchiv Schleswig (LAS), Abt. 425, Nr.68.
2. „Luther-Stresemann-Hilferding" LAS, Abt. 425, Nr.65.
3. „Bürgerkrieg" LAS, Abt. 425, Nr.63.
4. „Die KPD ruft Euch" LAS, Abt. 320 Bad Segeberg, Nr.284.
5. „1.Mai" Gedenkstätte Ernst Thälmann, Hamburg (GET).
6. „Wählt KPD, die Partei des Volkes" GET.
7. „Sind alle Großbetriebe..." GET.
8. „Stadt und Land" GET.
9. „Land und Heimat" GET.
10. „Brot!" GET.

im Text:

„5 Finger" Siepmann, Montage, S.96.

„Eurer Hände Fleiß" Politische Plakate der Weimarer Republik, S.138

Hoch der KOMMUNISMUS!
Gegen die schwarz-weiß-roten und schwarz-rot-gelben Räuber hilft nur die rote Faust des Proletariats!

Luther-Stresemann-Hilferding zahlten

# 715 Millionen

als Regierungsgeschenk
an die
Ruhr-Kapitalisten

Jede Säule enthält 250 000 Zwanzigmarkstücke!

500 Meter

Der Eiffelturm in Paris

300 Meter

143 Säulen
aus Zwanzigmarkstücken!
Jede Säule ist 500 Meter hoch!

# Heraus mit dem Geld!

## Für Sozialrentner und Erwerbslose!

## Fort mit der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse!

## Abonniert die Hamburger Volkszeitung

Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Komm. Intern.)

USSR
BÜRGERKRIEG
GEGEN
IMPERIALISTISCHEN
KRIEG
Heraus zum Massenstreik und
Massendemonstration am 1. August

Die KPD ruft Euch –
MÄNNER und FRAUEN –

Zur 1. Kundgebung in Kaltenkirchen

am Dienstag, 28. Mai 1946
19³⁰ Centralgasthof Hagelberg

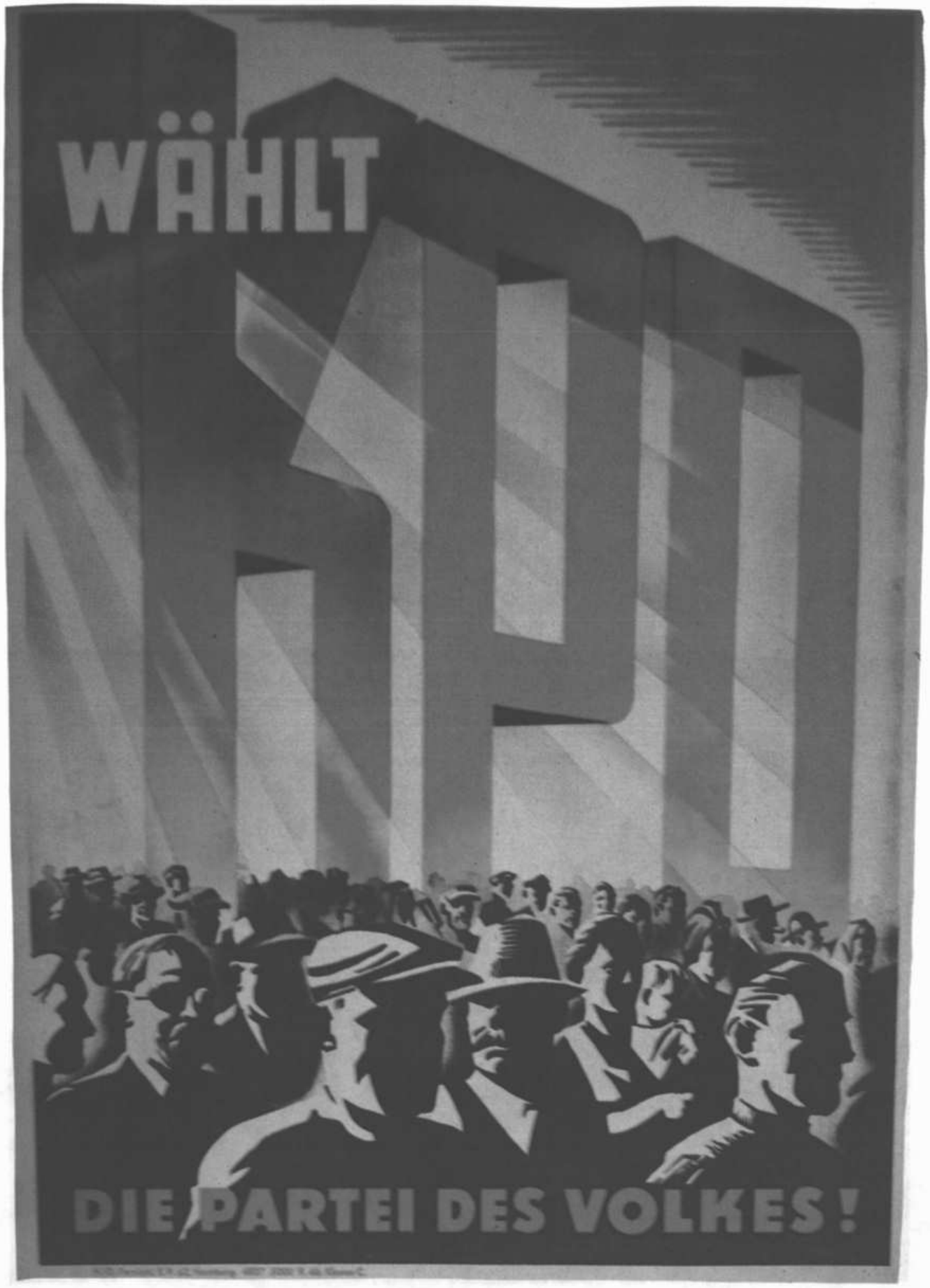
Redner: Fiete Dettmann – Hamburg
Thema: Wiederaufbau mit der KPD
Diskussion

Neu-Einheimische! Ausquartierte! Heimatlose! Flüchtlinge!
Es gilt auch Eure Interessen zu wahren!
Die erste Wahl entscheidet über Eure Vertretung im Gemeinderat!

KOMMUNISTISCHE PARTEI
Ortsgruppe Kaltenkirchen – Kreisleitung Segeberg

Mit Genehmigung der Mil. Gov. vom 18.4.46

1. MAI
EINIGKEIT
KPD · WASSERKANTE


WÄHLT
SPD
DIE PARTEI DES VOLKES!

Sind alle Großbetriebe in Volkes Hand,
Dann habt Jhr Kohle und Brot im Land!
Wählt KPD
der Militärregierung
K.P.D. Bezirksleit...

STADT
UND
LAND
HAND IN HAND
BERWIG
für demokratische
BODENREFORM
WÄHLT KOMMUNISTEN!
MIT GENEHMIGUNG DER MILITÄRREGIERUNG
GEBR SÜLTER EP 30/7, HAMBURG / 546 / 8000 / IX 46 / KL. B

Land und Heimat
den
Umsiedlern
durch
BODENREFORM
KOMMUNISTISCHE PARTEI WASSERKANTE

Für unsere Kinder
durch Mitarbeit
in der Partei des Aufbaus
WÄHLT KOMMUNISTEN!
Mit Genehmigung der Militärregierung